

Ausschuss für Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz

(66. - öffentliche - Sitzung am 21. September 2020)

Beratungsthemen:

1. a) **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Niedersächsischen Bauordnung**
Gesetzentwurf der Fraktion der FDP - [Drs. 18/4497](#)

dazu: Eingabe 01862/09/18

- b) **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Niedersächsischen Bauordnung sowie zur Erleichterung der Schaffung von Wohnraum**
Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - [Drs. 18/6975](#)

Der Ausschuss führte zu dem Gesetzentwurf eine Anhörung der Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände durch.

2. a) **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Ausführungsgesetzes zum Bundesnaturschutzgesetz sowie weiterer Gesetze zum Naturschutzrecht**
Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 18/7041](#)

- b) **Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung des „Niedersächsischen Weges“ in Naturschutz-, Gewässerschutz- und Waldrecht**
Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - [Drs. 18/7368](#)

Der Ausschuss ließ sich durch Herrn Minister Lies zu beiden Gesetzentwürfen unterrichten und führte darüber eine Aussprache. Der Minister sagte die Bereitstellung ergänzender Informationen zu.

3. **Unterrichtung durch die Landesregierung zum Verordnungsentwurf „Mietpreisbremse“**

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung entgegen.

4. **Keine Nachvollziehbarkeit bei Standortauswahl für atomares Logistikzentrum. Verfahren muss neu gestartet werden: Kriterien offenlegen - Abwägungsprozesse transparent machen - Dialog von Anfang an!**

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 18/6682](#)

Der Ausschuss bat die BGZ Gesellschaft für Zwischenlagerung und das Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung um eine Unterrichtung zu den sie betreffenden Aspekten des Antrags. Ein Antrag der Fraktion der Grünen, zu dem Antrag eine Anhörung durchzuführen, wurde mit den Stimmen der übrigen Fraktionen abgelehnt.

5. **Standortsuche eines Endlagers für hoch radioaktive Abfälle - die Rolle Niedersachsens im Auswahlverfahren**

Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion der CDU, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion der FDP - [Drs. 18/7359](#)

Der Ausschuss bat die Landesregierung, ihn in einer zusätzlichen Sitzung am 6. Oktober 2020 über die wesentlichen Ergebnisse des von der Bundesgesellschaft für Endlagerung vorgestellten Zwischenberichts Teilgebiete - für den 28. September 2020 angekündigt - zu unterrichten und hierzu eine erste Bewertung abzugeben. Außerdem beabsichtigt der Ausschuss, zu diesem Thema eine Anhörung durchzuführen.

6. **Unterrichtung durch die Landesregierung zu den Lagerstätten-Leckagen im Ölförderfeld Emlichheim im Landkreis Grafschaft Bentheim**

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung entgegen und führte hierüber eine Aussprache.

7. **Umweltbericht 2021 - Information über die Darreichungsform an den Ausschuss**

Der Ausschuss nahm eine schriftliche Unterrichtung durch die Landesregierung zur Zukunft des Umweltberichts und seine Verfügbarkeit im Internet entgegen.